

Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel
Herausgeber: Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel
Band: 168 (1989)

Artikel: Das Wohnungselend der Basler Arbeiterbevölkerung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts
Autor: Trevisan, Luca
Kapitel: I: Demographische und bauliche Entwicklung im 19. Jahrhundert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1006840>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kapitel I: Demographische und bauliche Entwicklung im 19. Jahrhundert

1. Die Bevölkerungsentwicklung

In keiner anderen Schweizer Stadt des 19. Jahrhunderts wuchs die Bevölkerung so sprunghaft an wie in Basel. Die städtischen (ab 1870 eidgenössischen) Volkszählungen ermittelten folgende Zahlen für die ortsansässige Bevölkerung:

<i>Jahr</i>	<i>ortsansässige Bevölkerung</i>
1779	15 040
1815	16 674
1837	22 199
1847	25 787
1860	37 915
1870	44 122
1880	60 550
1888	69 809
1900	109 161

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, in rund siebenzig Jahren also, verdoppelte sich die Basler Bevölkerung ein erstes Mal. Für die nächste Verdoppelung bedurfte es nur noch gerade dreissig Jahre, und in den letzten zwanzig Jahren bis zur Jahrhundertwende verzweifachte sich die Einwohnerschaft beinahe noch einmal. Der grösste Zuwachs fiel auf die fünfziger und siebziger Jahre, das heisst auf die Phasen nach der Stadterweiterung und während des deutsch-französischen Krieges, beziehungsweise auf die Neunzigerjahre, während denen die Stadt binnen kurzer Zeit zu neuen Dimensionen anschwell.

Der starke Bevölkerungsanstieg beruhte vor allem auf der Zuwanderung, welche mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Hand in Hand ging. Im Jahre 1860 waren von den rund 38 000 Einwohnern noch gerade 11 000 Stadt- oder Kantonsbürger; 16 000 waren Niedergelassene aus andern Kantonen, 11 000 waren Ausländer. Bei den Niedergelassenen handelte es sich in erster Linie um Baselbieter, dann folgten die Aargauer, Berner, Zürcher, Solothurner und Luzerner. Die Ausländer waren ihrer Herkunft nach grösstenteils Arbeiter und Arbeiterinnen aus dem benachbarten Badi-schen. Erst in den achtziger und neunziger Jahren setzte verstärkt der Zustrom von Bauarbeitern aus Italien ein.

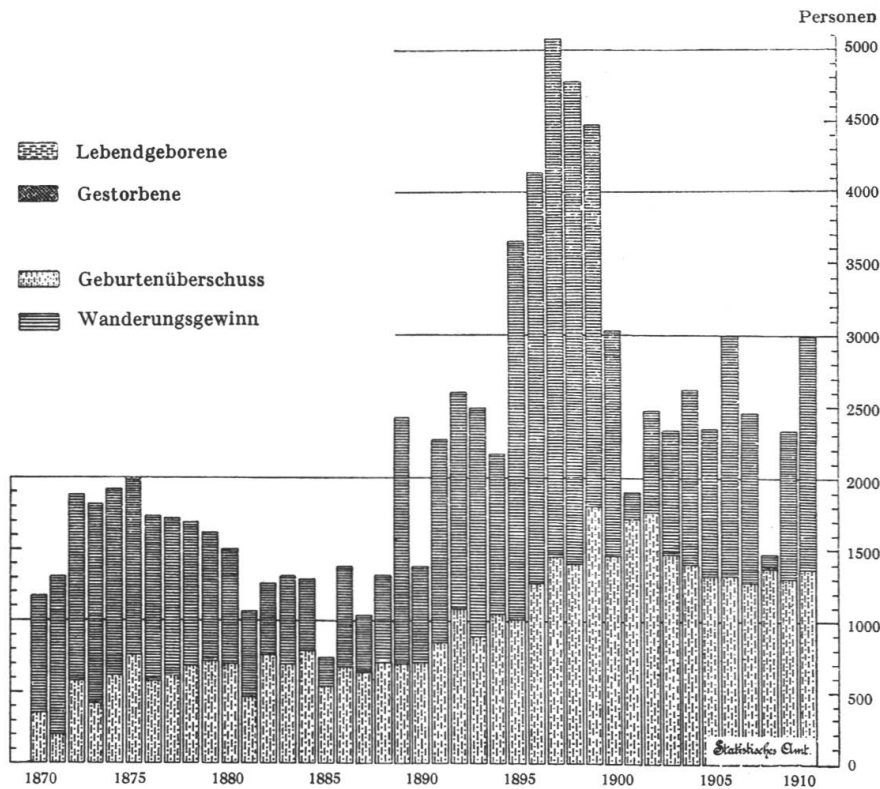


Abb. 1
Die Bevölkerungsentwicklung Basels zwischen 1870 und 1910.

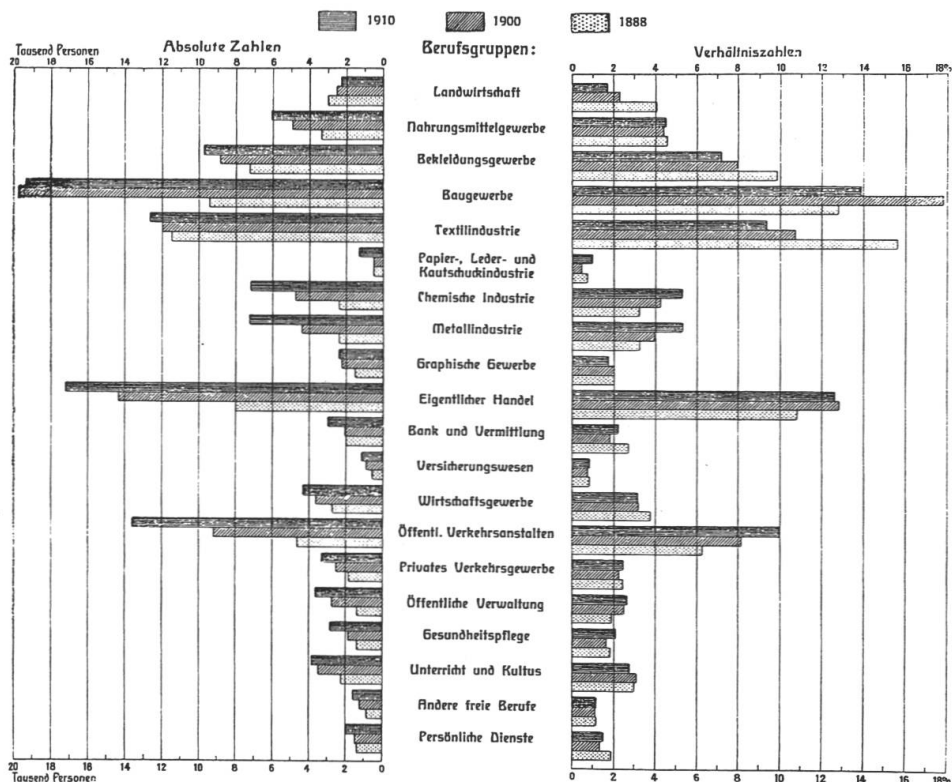


Abb. 2
Die Hauptwirtschaftszweige Basels zwischen 1888 und 1910.

Die meisten Zuwanderer vom Land brachten keine besonderen, also auch keine besonders zu entlöhnenden Fähigkeiten mit. Aus der Volkszählung von 1888, welche die Bevölkerung Basels sowohl nach Gebürtigkeit als auch nach Berufsgruppen erfasste, geht hervor, dass in jenem Jahr von insgesamt 25 860 nicht in Basel geborenen Erwerbstätigen 20 362, also rund 78 Prozent, einer eher unqualifizierten Arbeit nachgingen:⁴

(1) Bäcker- und Metzgergesellen	413
(2) Gesellen anderer Kleingewerbe	3 818
(3) Fabrikarbeiter (inkl. Hausarbeiter)	6 105
(4) Gehilfen in Handel, Bank und Versicherungswesen	1 610
(5) Tagelöhner	1 697
(6) Dienstboten	5 090
(7) weibliche Personen im Kleingewerbe	1 629
	<hr/>
	20 362

Die Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen machten mit Abstand den grössten Teil dieser neuen Arbeiterbevölkerung aus. Allein zwischen 1860 und 1880 verdoppelte sich ihre Zahl beinahe von rund 5 200 auf annähernd 10 000. Unter ihnen war der Anteil der weiblichen Arbeiter sehr hoch. Als Bandweberinnen, Zettlerinnen und Winderinnen arbeiteten sie direkt oder indirekt an den zahlreichen Webstühlen, die sich je länger desto mehr von den Baselbieter Bauernhäusern in die städtischen Fabrikräume verlagerten. Die Männer waren mehrheitlich als Spulnmacher oder als Hilfsarbeiter für die Vorbereitung und Ausrüstung der Webstühle beschäftigt. Meist arbeiteten sie im Akkordlohn, so dass nicht nur manuelles Geschick, sondern auch Konzentration und Durchhaltevermögen einen entscheidenden Einfluss auf den Verdienst hatten. Ohnehin gab es grosse Lohnunterschiede, sowohl zwischen Fach- und Hilfsarbeitern als auch zwischen männlichen und weiblichen Arbeitern. Im Jahre 1864 etwa variierte der Verdienst zwischen 4 Franken pro Tag für den bestbezahlten Weber und Fr. 1.30 pro Tag für den schlechtest bezahlten Winder.⁵ 1880 waren die Differenzen noch grösser. Der Lohn des bestbezahlten Stückerarbeiters lag bei rund 30 Franken pro Woche. Dieses Maximaleinkommen erreichten aber nur sehr wenige Arbeiter und Arbeiterinnen. Frauen und Gehilfen verdienten oft kaum halb so viel. Ausserdem wurde die Seidenbandindustrie immer wieder von grossen Konjunkturschwankungen heimgesucht, so dass man annehmen muss, dass sich die Löhne alles in allem eher um die Minimalwerte herum bewegten.

Auch im Kleingewerbe gab es immer mehr unqualifizierte, schlechtergestellte Arbeiter. Um konkurrenzfähig zu bleiben, nahm ein Meister mehr Lehrlinge und Gehilfen bei sich auf und überliess ihnen die Hilfsarbeiten. Ihre Zahl wuchs im Verlaufe des 19. Jahrhunderts weit rascher als jene der Meister:⁶

	1837	1847	1860	1870	1888	1900
Gehilfen und Lehrlinge pro 100 Meister	173	192	303	221	185(?)	222

Vom Zuwachs der insgesamt 3056 statistisch erfassten Hilfskräfte entfielen etwa die Hälfte auf jene des Baugewerbes: Maler, Schreiner, Schlosser und Spengler.⁷ Die eigentlichen Bauarbeiter, Maurer und Zimmerleute sind hier nicht inbegriffen. Sie waren besonders von periodischer Winterarbeitslosigkeit betroffen und gehörten deshalb zu den ärmsten unter den Arbeitern.

Der für das Kleingewerbe sichtbar gewordene Trend war Teil einer grossen Veränderung, die im 19. Jahrhundert vehement einsetzte: die starke Zunahme der unselbständigen Arbeiter. Während noch 1870 auf einen selbständig Erwerbenden zwei bis drei unselbständig Erwerbende entfielen, waren es 1900 bereits deren fünf. Dabei nahmen nicht nur die unausgebildeten Arbeitskräfte zu, sondern auch jene, die zwar eine Ausbildung besaßen, ihr Auskommen aber als Hilfsarbeiter in einem andern, ihnen fremden Beruf suchen mussten. Der Bedarf an unqualifizierten Arbeitern und Arbeiterinnen stieg eben rasant, denn im wesentlichen brachte der Prozess der Arbeitsteilung und Mechanisierung eine Dequalifizierung der Arbeit mit sich.

Immerhin erstarkte im Zuge des gleichen Prozesses eine neue, bisher unerwähnte Gruppe von Arbeitnehmern: die technischen Beamten der Industrie und das kaufmännische Personal im Handel. Allein in den letzten zwölf Jahren bis zur Jahrhundertwende verdoppelte sich die Anzahl der Beamten in Industrie, Handel und Verkehr von rund 4000 auf 8000 Angestellte.⁸ Ihrem Einkommen nach gehörten sie zum «kleinen Mittelstand», dem man etwa auch «Elite»-Fabrikarbeiter oder bessergestellte selbständige Handwerker zurechnen konnte. Die Existenz einer materiell etwas besser gestellten Arbeiterschicht wirkte sich, wie wir noch sehen werden, nachhaltig auf die Bauwirtschaft und den Wohnungsmarkt aus.

Ohne Zweifel fand bis zum Ende des 19. Jahrhunderts eine starke Gewichtsverschiebung in der sozialen Schichtung der Basler Bevölkerung statt. Basel wurde eine Industriestadt. Die mechanisierten Grossbetriebe der Textilindustrie, die sich ständig erweiternde Palette mittlerer und kleinerer Unternehmen und die wie ein Motor wirkende Eisenbahn liessen die Stadt zeitweise stürmisch expandieren. Voraussetzung und Folge davon war eine breite soziale Unterschicht, die der neuen Wirtschaft mit billigen Arbeitskräften zur Verfügung stand, ohne jemals viel mehr als das Existenzminimum herauszuschlagen. Mit der Industrialisierung und Verstädterung erreichte deshalb auch die Massenarmut einen Höhepunkt. Die Armut in Basel ist in jener Epoche schwierig abzuschätzen. Die Zahl der aus den öffentlichen Mitteln der Allgemeinen Armenpflege unterstützten Personen wurde für die Zeit um 1900 auf rund 10 000 Personen geschätzt. Vermutlich war das Ausmass der Armut aber noch viel grösser.⁹

2. Die bauliche Entwicklung

Wäre ein Basler am Ende des 19. Jahrhunderts nach rund fünfzig Jahren Abwesenheit wieder in seine Heimatstadt zurückgekehrt, hätte er diese wohl kaum wieder-erkannt. War sie um 1850 noch in ihren Stadtmauern eingeschnürt gewesen, so dehnte sie sich nun auf beinahe doppelt so grosser Fläche aus. Rundum waren vor den alten Gräben neue Quartiere entstanden. Trotzdem stand fest: Seit mehr als hundert Jahren hatte die Bevölkerung bedeutend stärker zugenommen als die Zahl der Wohnhäuser und Wohnungen, nämlich mehr als doppelt so rasch. Bauwirtschaft und Wohnungsmarkt waren eigentlich nie wirklich in der Lage gewesen, den zeitweise rasanten Wirtschafts- und Bevölkerungsboom aufzufangen. Dies führte zu bedenklichen Engpässen in der Versorgung mit Wohnraum. Eine erste eigentliche Krisensituation entstand in den Jahrzehnten vor der Stadterweiterung im Jahre 1859. In jener Phase wuchs die Zahl der Wohnhäuser um kaum ein Viertel, während sich die Bevölkerung mehr als verdoppelte. Gleichzeitig stieg die Wohndichte von rund 7 Personen pro Haus am Ende des 18. Jahrhunderts auf die bedrohliche Zahl von zwischen 14 und 15 Bewohnern um 1860. Im Jahrzehnt nach der Stadterweiterung versuchte man dann, das Versäumte durch eine «ungewöhnlich rege Bautätigkeit» nachzuholen. Aber bereits in den 70er Jahren fiel die bauliche Entwicklung «trotz einer sehr starken Bauspekulation» erneut hinter den während des deutsch-französischen Krieges einsetzenden Bevölkerungszustrom aus dem Badischen zurück. Dieser liess zwar im folgenden Jahrzehnt wieder nach, aber auch die Bautätigkeit erfuhr einen «völligen Rückschlag»: Die Zahl der Wohnhäuser wuchs kaum halb so rasch wie die Bevölkerung, so dass 1888, unmittelbar vor der Wohnungsenquête, erneut ein besorgniserregendes Häuserdefizit bestand.¹¹

Immer wieder wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Behausungsziffer zur Einschätzung der Situation auf dem Wohnungsmarkt beigezogen. Sie war ein

Jahr	Bevölkerung	Häuser	Haus- haltungen	Behausungs- ziffer (Pers./Haus)	Zunahme			
					Häuser absolut	%	Bevölkerung absolut	%
1779	15 040	2120	3 569	7.1				
1815	16 674	2119	3 666	7.9	-1	0.0	1 634	10.9
1837	22 199	2220	4 472	10.0	101	4.8	5 525	33.1
1847	25 787	2295	5 389	11.2	75	3.4	3 588	16.2
1860	37 915	2608	?	14.5	313	13.6	12 128	47.0
1870	44 122	3653	8 894	12.1	1045	40.1	6 207	16.4
1880	60 550	4763	12 826	12.7	1110	30.4	16 428	37.2
1888	69 809	5124	15 127	13.6	361	7.0	9 259	15.3
					3004	141.7	55 769	364.1

weitverbreiteter Indikator bürgerlicher Wohnungsstatistiken und eine wichtige europäische Vergleichsgrösse. Auch Basel betonte immer wieder, dass die Stadt mit ihren knapp 14 Bewohnern pro Haus (1888) in bezug auf ihre Wohndichte sowohl im schweizerischen als auch europäischen Vergleich relativ gut dastehe. Tatsächlich lagen die entsprechenden Ziffern der zwei grössten Schweizer Städte etwas höher, jene von Bern (1896) bei 15, jene von Zürich (1900) bei rund 16 Bewohnern pro Haus. Noch besser schien Basel im Vergleich zu deutschen Städten abzuschneiden. Berlin galt mit seinen über 60 Bewohnern pro Haus (1880) als besonders abschreckendes Beispiel. Aber auch kleinere Universitätsstädte wie Heidelberg oder Freiburg wiesen mit rund 16 Personen pro Wohnhaus (1885) einen schlechteren Durchschnitt auf.¹²

Indessen war die Behausungsziffer nur äusserst bedingt aussagekräftig für die Wohndichte, denn sie verwischte als Mittelwert die grossen sozialen Unterschiede in der Versorgung mit Wohnraum. Ausserdem hing sie direkt von der Grösse der Wohnhäuser einer Stadt ab. So gesehen, waren die Werte von Basel, wo lange Zeit kleine Häuser vorherrschten, nicht mit jenen von Hamburg oder Berlin zu vergleichen, wo sich grosse Mietskasernen schon früh durchsetzten. Viel wichtiger ist die Frage, inwiefern die Bautätigkeit, welche um 1860 im Zuge der Stadterweiterung auf breiter Basis in Gang kam, auch tatsächlich den Wohnbedürfnissen der zuströmenden Arbeituchenden und meist mittellosen Bevölkerung gerecht wurde.

a) Stagnation bis 1859

Bis in die fünfziger Jahre währte man sich allgemein in der inneren Stadt sicher. Die Erinnerungen an die napoleonischen Truppen, später an die Konflikte um den Sonderbund waren noch wach. Das Bedürfnis, hinter den Stadtmauern geschützt zu leben, wurde ausserdem durch polizeiliche Interessen bestärkt. Damit blieb für die Aufnahme der neuen Arbeiterbevölkerung neben den wenigen noch freien Flächen innerhalb der alten Mauern, nur eine verstärkte Nutzung der alten Häuser. Diese waren natürlich trotz wiederholtem Aus- und Umbau schon bald hoffnungslos überlastet. Immerhin wurde bereits im letzten Jahrzehnt vor der Stadterweiterung auch vermehrt jenseits der Mauern gebaut. Nur rund ein Sechstel der neu entstandenen Häuser fanden noch in der inneren Stadt Platz. Die Bebauung konzentrierte sich in erster Linie auf die bereits bestehenden Strassen, welche an die Vorstädte anschlossen: die Missionsstrasse, die St. Jakobs- und die Gellertstrasse in Grossbasel, die Klybeck- und Hammerstrasse in Kleinbasel (vgl. dazu Karte 1). Aber die 300 bis 400 neuen Häuser, die in den fünfziger Jahren dazukamen, konnten die Flut der Mehrbevölkerung bei weitem nicht aufnehmen. Sie wiesen ja im Durchschnitt auch keine besseren Raumverhältnisse auf als der alte Bestand.¹³ Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass sich die Wohndichte der Stadt seit dem Ende des 18. Jahrhunderts mehr als verdoppelte. Das Wachstum der Stadt musste in dieser Zeit um den Preis eines äusserst beengten Wohnens der Arbeiterbevölkerung in den alten Innerstadthäusern erkaufte werden.

b) Die erste Phase nach der Stadterweiterung: 1860–1870

Mit dem «Gesetz über Erweiterung der Stadt» vom 27. Juni 1859 und dem sofort folgenden «Gesetz über die Anlage und Correction von Strassen und über das Bauen an denselbigen» wurden die Grundlagen für die Schleifung der Stadtmauern und einen systematischen Ausbau der Stadt gelegt. Damit setzte sich endlich die Erkenntnis durch, dass die Stadtbefestigung den «Anforderungen neuerer Kriegskunst» nicht mehr gewachsen sei, und dass auch ihr Wert als «polizeilicher Schutz gegen Überschwemmung von Gesindel» ersetzt werden könne, indem «derartiges Volk vor einer wohlorganisierten, thätigen und wachsamten Polizei [...] mehr Respect (habe) als vor Mauern und Gräben». Allerdings fand sich im Ratschlag zum Stadterweiterungsgesetz noch immer die Idee eines Ersatzes der Stadtbefestigung durch andere sichernde Einrichtungen.¹⁴

Ein Ziel des Gesetzes war es, die private Bautätigkeit, welche aufgrund des Wohnungsmangels in der überfüllten Innerstadt vor den Stadtmauern allmählich in Gang kam, den «allgemeinen Interessen der Zweckmässigkeit und des Verkehrs» zu unterstellen. Dabei verfolgte man eine geeignete Verbindung der neuen Quartiere und ihrer Strassen mit jenen der inneren Stadt und die Erschliessung der neuen Verkehrszentren: der Bahnhöfe. Das 1857 gegründete Technische Büro wurde beauftragt, Planunterlagen zu den beiden Gesetzen von 1859 auszuarbeiten. Der hier wiedergegebene Entwurf (Abb. 3) lässt die geradlinige, auf Zweckmässigkeit beruhende Anlage der Strassen erkennen. Er verdeutlicht auch ein zweites wichtiges Ziel der Gesetzgebung und Planung: Die neuen Quartierstrassen sollten von der engen, winkligen Altstadt abgehoben werden und «nicht allein gehörige Breite, sondern auch einen angemessenen Luft- und Lichtraum» erhalten. Bei der Erstellung neuer Gebäude sollten ausserdem unschöne und «das Auge beleidigende Winkel» vermieden sowie die «Interessen der öffentlichen Sicherheit und Salubrität» gewahrt werden.

Parallel dazu leitete das zweite Gesetz von 1859 eine erste Welle von Innerstadtkorrekturen in die Wege. Neben der Verbreiterung der Elisabethenstrasse als Zufahrt zum Bahnhof und dem Klosterberg wurden bereits erste Änderungen an den engen Strassen und Gassen des Zentrums vorgenommen, etwa an der Eisen-, Sporen- und Webergasse oder in der Spalenvorstadt.¹⁵ Gleichzeitig setzte man sich für den Ausbau von Promenaden auf dem ehemaligen Festungsareal, den ausgefüllten Gräben, ein.

Die beiden Gesetzeswerke von 1859 widerspiegeln die Entwertung der Altstadt und den Willen ihrer Autoren, eine ähnliche Entwicklung in den neuen Quartieren frühzeitig zu verhindern. Der Bandfabrikant und Politiker Carl Sarasin, von 1856 bis 1867 Mitglied des Kleinen Rates, war an ihnen massgeblich beteiligt. 1858 wurde er Präsident des Baukollegiums und 1859 auch der Stadterweiterungskommission.¹⁶ Wie viele andere sah er das Problem in der baulichen Enge der Altstadt und der bedrohlichen Überlastung des sanitarischen Systems. Es ist aber auch klar, dass unter den beschriebenen Umständen die innere Stadt (zumindest jene Viertel, die den Hauptteil der



Abb. 4



Abb. 5

«Gehörige Breite» am Steinenring und an der St. Jakobsstrasse.

Arbeiterbevölkerung aufnehmen mussten) unattraktiv wurde, sowohl als Wohnort als auch als Zentrum der Repräsentativität. Diese verlagerte sich nun teilweise auf die breiten Strassen des äusseren Grossbasel und den eben fertiggestellten Bahnhof.

Diese Ausführungen sollen zeigen, welchen Hindernissen die bauliche Entwicklung der Stadt lange ausgesetzt war, und andeuten, unter welchen Vorzeichen sie schliesslich in Gang kam. Karte 1 zeigt, dass sich die in den 1860er Jahren verstärkt einsetzende Bautätigkeit grösstenteils auf den neuen Zentralbahnhof und die von ihm ausgehenden Promenaden, entlang den ehemaligen Gräben, konzentrierte. Hier entstanden meist ein- bis zweistöckige Bürgerhäuser. Ein Blick auf die Bewohnerschaft der wenigen, grosszügig konzipierten Häuser des Aeschengrabens etwa, ergibt ein klares Bild: Sie bestand vorab aus Kaufleuten (9), Architekten und Bauführern (5), Bandfabrikanten (3), Lehrern, Ärzten und Advokaten.¹⁷ Daneben wurde das Gellertquartier zum eigentlichen Villenviertel des Grossbürgertums. Auch in Kleinbasel war die Bautätigkeit vor den Toren auf den neu erstellten Badischen Bahnhof ausgerichtet. Durch die Bebauung des Gebietes um die Clarastrasse und Fabrikstrasse (spätere Sperrstrasse) wurde die Verbindung mit der alten Stadt hergestellt. Die Bewohnerschaft an der Clarastrasse war etwas gemischter, den Berufen nach zu urteilen, konnten es sich aber vor allem materiell besser gestellte Einwohner leisten, in den neuen Häusern eine Wohnung zu beziehen. 1862 wohnten dort mehrheitlich Selbständige (10), Kaufleute (6), Bandfabrikanten (2) und verschiedene Handwerker.

Gewiss erlebte Basel in den sechziger Jahren für damalige Verhältnisse eine spektakuläre Bauentwicklung. Nachdem die Stadt so lange hinter den Festungsmauern eingeschmürt geblieben war, bedeutete das neue Gesetz über die Stadterweiterung ein eigentliches Startsignal für die Bauwirtschaft. Zum ersten Mal wuchs die Zahl der Häuser deutlich schneller als jene der Bevölkerung. Andererseits kümmerten sich die Bauunternehmer zunächst ausschliesslich um den Wohnungsbedarf der Begüterten. 70 Prozent der rund 1000 neuen Häuser entstanden vor den einstigen Mauern Grossbasels und zierten die Promenaden entlang der aufgefüllten und neu bepflanzten Gräben sowie den Gellert.¹⁸ Hier wurde nun weit grosszügiger gebaut und gewohnt als in der alten Stadt. Über die Hälfte der neuen Häuser entsprachen der Grössenordnung von 11 bis 20 Räumen und wurde in der Regel von ein oder zwei Familien bewohnt. Ein Familienmitglied hatte hier durchschnittlich ein bis zwei Räume zur Verfügung, während ein Mitglied einer Arbeiterfamilie in der alten Stadt kaum je ein Zimmer für sich allein beanspruchen konnte. Leider lässt sich keine gesonderte Behausungsziffer für die neuen Quartiere Grossbasels ermitteln. Vermutlich lag sie bei rund fünf bis sechs Personen pro Haus. Auf keinen Fall erreichte sie aber den städtischen Durchschnitt des Jahres 1870 von 12 Bewohnern. Dieser wurde einzig durch das immer dichtere Beisammenwohnen der Arbeiterbevölkerung und die fortwährende Unterteilung ihres Wohnraums in die Höhe getrieben. Für den Hauptteil der Basler Bevölkerung wurde jedenfalls in der ersten Phase der Stadterweiterung keine Verbesserung der Wohnsituation erreicht, und wenn die Wohndichte in den Augen der zeitgenössischen Statistiker



Abb. 6



Abb. 7



Abb. 8

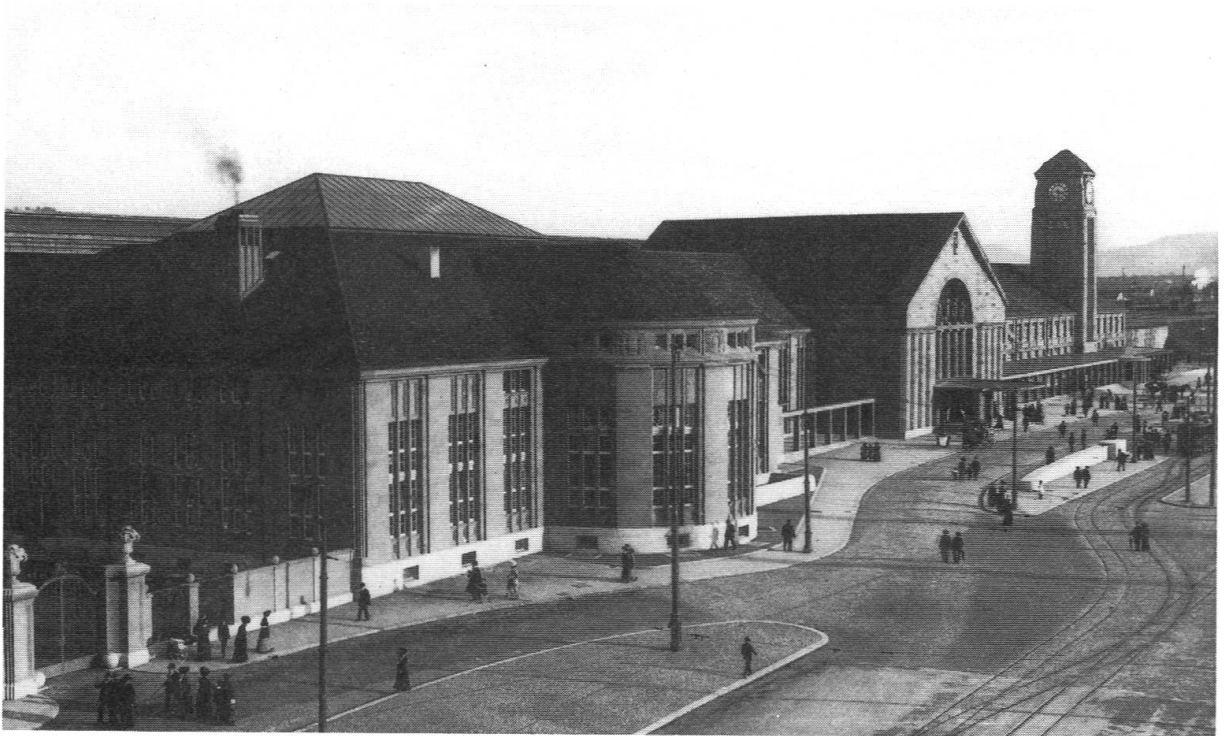


Abb. 9

Die neuen Zentren der Repräsentativität: der Bundesbahnhof und der Badische Bahnhof. Sie wurden zu Beginn des 20. Jahrhunderts bereits wieder durch prunkvollere Bauten ersetzt.

gesamthaft etwas sank, so wurde sie lediglich durch jene wenigen Privilegierten herabgesetzt, die es sich leisten konnten, die alte, vernachlässigte Stadt zu verlassen, um in ruhigere Quartiere zu ziehen.

c) Die Entwicklung bis 1890

Der Ausbau der neuangelegten Strassen und Quartiere ging in den Siebzigerjahren schnell voran. Trotzdem konnten die rund 1100 neuen Häuser den enormen Bevölke-

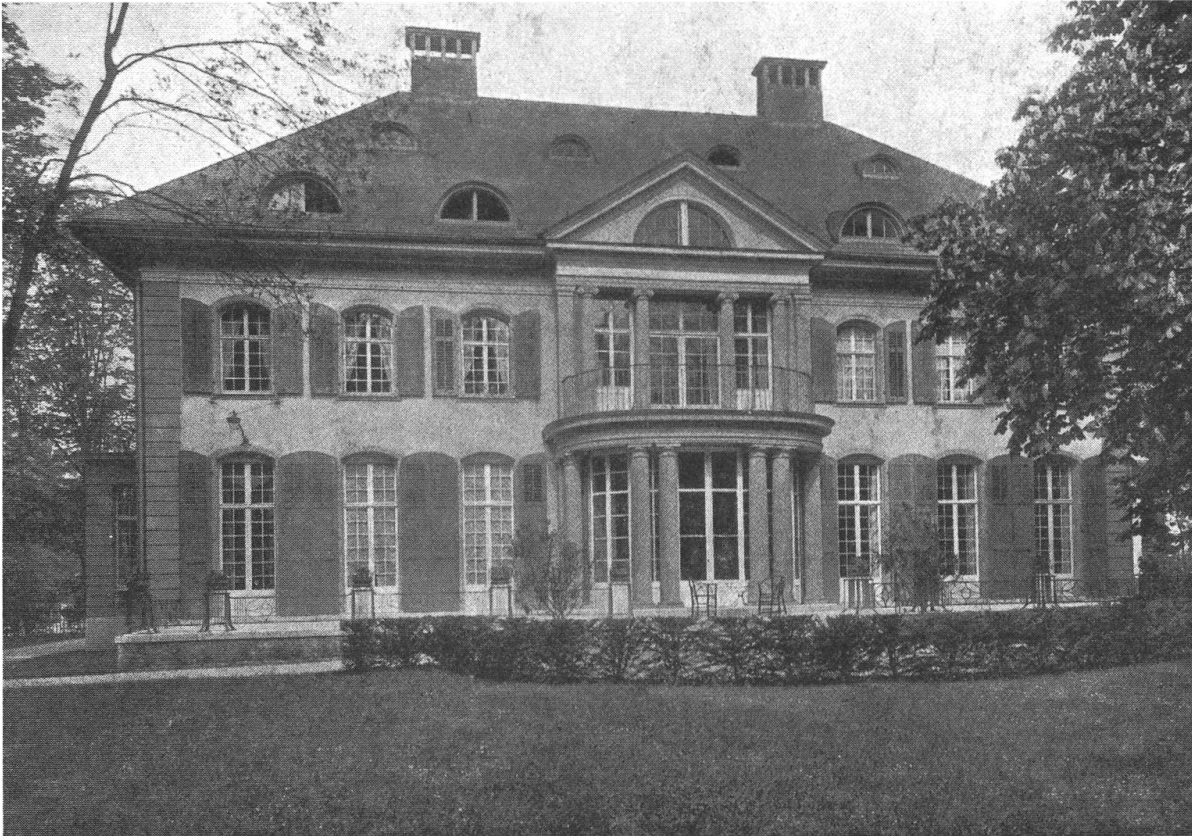


Abb. 10

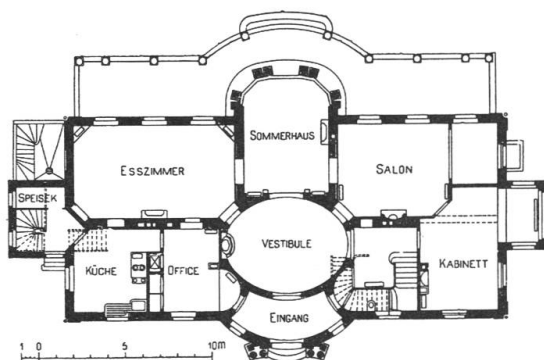


Abb. 11

Haus am Lindenweg.
Erbaut von Architekt A. Visscher van Gaasbeek.

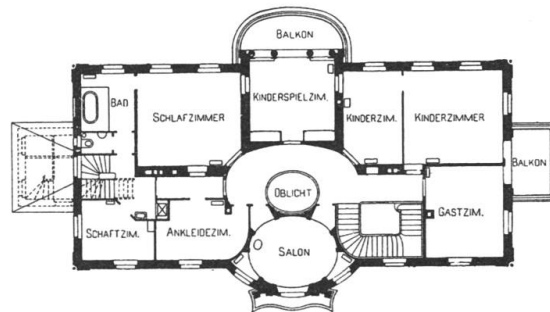


Abb. 11 und 12. Grundrisse des Erdgeschosses und ersten Stockes. — Masstab 1 : 400.



Abb. 12



Abb. 13

*Abb. 10-13
Grosszügige Bauten im neuen Villenviertel
Gellert: der «Lilienhof» an der Gellertstrasse 9
und das «Haus am Lindenweg».*

rungszustrom dieses Jahrzehnts, vorwiegend aus dem Badischen und dem Elsass, bei weitem nicht auffangen, und in den achtziger Jahren fiel die Bautätigkeit dann vollends hinter das Bevölkerungswachstum zurück. Im Albanquartier ging die Entwicklung zunächst kaum über die Bebauung der St.-Alban-Anlage hinaus. Dagegen wurde in den siebziger und achtziger Jahren auf dem Nordwestplateau, zwischen den Promenaden vom Spalentor bis zum Steinentor und der Ringstrasse, ein Wohnviertel förmlich aus dem Boden gestampft (vgl. Karte 1). Die rigorose und zweckmässige Anlage von Strassen provozierte hier einen eigentlichen Bauboom, der allerdings im wesentlichen wiederum bessergestellten Bevölkerungsschichten zugute kam: Nach dem Grossbürgertum war jetzt die Mittelschicht an der Reihe, welche sich etwa an der Eulerstrasse, Austrasse oder Leimenstrasse einquartierte. Aber auch weiter nördlich, an der Missionsstrasse, welche an die Spalenvorstadt anschloss, an der Mittleren Strasse oder der neu entstandenen Friedensgasse war die Bewohnerschaft fast durchgehend mittelständisch.¹⁹

In den siebziger Jahren erreichte die Bautätigkeit auch das Gebiet hinter dem Zentralbahnhof. Wenn die hastigen Erweiterungsprojekte von 1859 ganz allgemein das Entstehen von sogenannten Spekulationsstrassen begünstigten, so nahm die Boden- und Bauspekulation im Gundeldingerquartier besonders krasse Ausmasse an.²⁰ Die Süddeutsche Immobiliengesellschaft aus Mainz war Besitzerin des noch brachen Areals zwischen der Bahnhofanlage, der Gundeldingerstrasse, der Margarethen- und Reinacherstrasse. Sie erwarb durch den Vertrag mit dem Baukollegium vom 25. Juli 1874 die Rechte für die Erschliessung des Bodens zu Bauzwecken. Auf kunstlose Weise wurden Strassen und Plätze angelegt und das Land alsbald an Baulustige verkauft. In Kürze entstanden die ersten, meist zwei- bis dreistöckigen Mietshäuser. Billig waren die Wohnungen nicht, hatten doch bereits Bodenspekulanten, Bauunternehmer und Hausbesitzer an ihnen verdient. Die Bewohnerschaft war zwar recht gemischt, aber eigentliche Arbeiterfamilien befanden sich unter ihr damals noch kaum.²¹

In Kleinbasel wurde bis 1890 nur zögernd weitergebaut. Bloss ein Viertel der 2155 Häuser, welche zwischen 1870 bis 1890 entstanden, entfielen auf die kleine Stadt. Zum einen füllten sich die wenigen verbleibenden Lücken zwischen der alten Stadt und dem Badischen Bahnhof, zum andern entstanden um die Leuengasse und zwischen der Feldberg- und Sperrstrasse erste Ansätze des Matthäusquartiers, welches später einen Teil der Arbeiterbevölkerung aufnehmen sollte. Durch den Bau der Wettsteinbrücke im Jahre 1879 wurde zudem die Erschliessung des vornehmen Wettsteinquartiers in die Wege geleitet. Auch Kleinbasel wurde von Spekulationsbauten schlimmster Prägung nicht verschont. Hinter dem Badischen Bahnhof entstanden billige und schlecht gebaute Häuser, welche an ärmere Arbeiterfamilien vermietet wurden. Sie gehörten neben den speziellen Arbeiterhäusern des Bläsiringwegs und der Amerbachstrasse zu den wenigen Gebäuden der äusseren Stadt, die auch der Arbeiterbevölkerung zugute kamen.

Noch immer hatte damit die bauliche Erweiterung der Stadt für den Hauptteil ihrer Bewohner keine Verbesserung der Wohnsituation gebracht. Hätten die beinahe 30 000 Neuankömmlinge, welche zwischen 1870 und 1890 in der Grenzstadt Arbeit und Wohnung suchten, in den rund 1500 neuerstellten Gebäuden unterkommen sollen, so hätte jedes von ihnen etwa 20 Personen Platz bieten müssen. Tatsächlich nahmen aber die neuen Häuser durchschnittlich noch weit weniger Personen auf als der frühere Bestand, nämlich zwischen fünf und zehn. Kleine Häuser waren noch immer die Regel. An eine intensivere Raumausnutzung durch grössere Mietshäuser dachte niemand. Noch 1880 bestanden über drei Viertel aller Häuser aus ein- oder zweistöckigen Bauten. In rund einem Drittel wohnte 1888 nur gerade eine Familie und in weiteren 20 Prozent deren zwei. Lediglich etwa 10 Prozent aller Wohnhäuser boten mehr als 5 Haushaltungen Platz, wobei sich unter diesen etliche ältere Gebäude befanden, die gar nicht für die Aufnahme so vieler Mietparteien konzipiert worden waren und diese nur durch Unterteilung und Überbelegung der Räume aufnehmen konnten.

Karl Bücher, der Autor der Wohnungsenquête von 1889, sprach im Zusammenhang mit dem beharrlichen Bau kleiner Wohnhäuser von einer «Basler Gewohnheit».²² Tatsächlich lässt sich in jener Epoche die starke Präsenz eines Eigenheimideals beobachten, welches nachhaltig von der abschreckenden Wirkung grossstädtischer Mietskasernen und den sozialen Problemen und Gefahren, die man mit ihnen verband, genährt wurde. Es nahm, wie wir noch sehen werden, auch im sozialen Wohnungsbau überhand, mit dem Resultat, dass dieser kaum billige Mietwohnungen hervorbrachte. Vor allem kümmerte sich aber die private Bauwirtschaft in den ersten dreissig Jahren nach der Stadterweiterung eben ganz und gar um die Wohnbedürfnisse der Ober- und Mittelschicht und kam folglich zunächst der Nachfrage nach bequemen Ein- und Zweifamilienhäusern nach. Hier fand sich der Wille, aus der verslumten Altstadt auszuziehen, und das Kapital, um diesen Wunsch in die Tat umzusetzen. Die Realisierung eines Eigenheims war einfach. Sie bedurfte nur der Übereinkunft zwischen dem Bauunternehmer und dem Bauherrn. Gebaut wurde gewöhnlich für den Verkauf, so dass sich der Bauunternehmer den Gewinn unmittelbar einstreichen konnte. Wer aber hätte in jener Zeit das Kapital für die Erstellung grösserer, preisgünstiger Mietshäuser aufbringen und sich jahrelang mit zahlungsschwachen Mietern herumschlagen wollen? Eigentumshäuser zu erstellen war einfacher und lukrativer. So gesehen wundert es nicht, dass der starke Zustrom der Arbeiterbevölkerung, welche nur billige und kleinere Wohnungen zu bezahlen imstande war, nur ganz vereinzelt den Bau vielgeschossiger, mit kleinen Wohnungen ausgerüsteter Bauten anregte. Zur Durchsetzung von grossen Mietshäusern hätte es einer stärkeren, anonymen und vom Eigenbedarf einer dominanten Ober- und Mittelschicht losgelösten Bauwirtschaft bedurft.

Der Luxus eines Eigenheims der Begüterten forderte seinen Preis: Die unteren Schichten wohnten immer enger und schlechter in den alten Häusern der Altstadt, welche ihnen zunehmend als Wohnort überlassen wurde. Das Elend, welches dort herrschte, kann kaum überschätzt werden. Viele Arbeiter und Arbeiterinnen, die allein

oder mit ihrer Familie neu in die Stadt kamen, versuchten, hier eine Unterkunft zu finden, obwohl die alten, baufälligen Häuser längst hoffnungslos überfüllt waren. Aber immer wieder wurden Wohneinheiten zerlegt oder angebaut und an immer zahlreichere Haushaltungen vermietet. Viele der Gebäude waren reine Mietshäuser, deren Besitzer jetzt in den Vorstädten oder in den neuen Quartieren wohnten. Längst nicht allen Angereisten gelang es, eine rechte Unterkunft zu finden. In einem Brief vom 6. Oktober 1875 bemühte sich das Niederlassungsbüro beim Kleinen Rat um die «Bereitstellung eines besonderen Bereitschaftslokals für obdachlose Familien», ein solches wäre «unumgänglich notwendig», da die Vermittlung an Gasthöfe oder Armenherbergen nicht mehr genüge.²³ Das Gesuch wurde mit der Begründung abgelehnt, «die Zahl der jeweiligen Unterkunft suchenden würde sich ins Unendliche mehren», und «den Behörden» würde «eine Mühe und Verantwortlichkeit erwachsen».

Unter den Aufzeichnungen des Stadtmissionars Ludwig findet sich 1872 die Klage einer Maurersfrau, welche die prekäre Situation der siebziger Jahre aus der Sicht einer direkt Betroffenen auf den Punkt bringt:

«Da fing sie an, gewaltig über die Reichen hier zu raisonieren, die noch allenthalben Paläste bauten, während die Armen oft keine Wohnung mehr fänden.»²⁴

Von obrigkeitlicher Seite tönte es noch 1891 nicht viel anders:

«Wir erleben, dass in gewissen Städten ein Überschuss an besseren Wohnungen vorhanden ist und gleichzeitig der äusserste Mangel an Wohnungen für sog. kleine Leute. Die Bauspekulation baut Häuser nicht zum dauernden Vermiethen, sondern zum Verkauf.»²⁵

Ohnehin wurde der Wohnraum in der Altstadt schon damals immer mehr durch Läden, Magazine, Büroräume und Werkstätten verdrängt. Und in den siebziger Jahren wurde erstmals in verstärktem Masse Teile der Innerstadt saniert, Häuser abgebrochen oder einem kommerziellen Nutzen zugeführt. Davon betroffen waren etwa die Freie Strasse, die Gerbergasse, die Mündung des Pfluggässleins, die Sporengasse und später die Schwanengasse. Noch rigoroseren Sanierungsplänen stand damals nur die beschränkte Finanzlage der Stadt im Wege. Die Bemühungen gingen im alten Stadtzentrum letztlich dahin, die Unterschichtsviertel aus dem innersten Zentrum weiter nach Norden, hinter die Linie Fischmarkt – Marktplatz – Barfüsserplatz zu drängen.²⁶ Dies schmälerte den Wohnraum der Arbeiterbevölkerung um ein weiteres und verstärkte den Trend der Verslumung.

d) Arbeiterhäuser

Wenn auch mancher vornehmere Bürger in den Jahrzehnten nach der Stadterweiterung den unfreundlichen Innerstadtvierteln den Rücken kehren konnte und die eine

oder andere unschöne Fassade verschwand: das Wohnungselend der Arbeiterbevölkerung konnte letzten Endes weder vergessen noch wegsaniert werden; es blieb den Verantwortlichen jahrzehntelang ein Dorn im Auge. Da immer wieder klar wurde, dass von der privaten Bauwirtschaft keine Lösung des Problems zu erwarten war, erkannten einzelne die Notwendigkeit, den Bau spezieller Arbeiterhäuser anzuregen und durchzuführen. Doch um es vorwegzunehmen: Auch von dieser Seite ging kein entscheidender Beitrag zur Lösung der Wohnungsnot aus.²⁷

Als erster Ansatz eines sozialen Wohnungsbaus entstanden in den Jahren 1854 bis 1856 auf der Breite drei kleine Wohnhäuser mit insgesamt 31 Wohnungen. Die Initiative kam von der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige (GGG) und der aus ihr hervorgegangenen Kommission für Fabrikarbeitsverhältnisse, aus deren Kreis sich eine Aktiengesellschaft bildete. Wenn man weiss, welche Schwierigkeiten die Fabrikherren hatten, die Arbeiter und Arbeiterinnen vom Land an die streng geregelte Arbeit in der Fabrik zu gewöhnen, so versteht man, dass das «Unternehmen Breite» nicht nur philanthropisch begründet war. Es verfolgte ebenso die Erziehung der Arbeiterschaft und ihre Bindung an die Fabrik. Daneben wurde noch ein beträchtlicher Gewinn erzielt.

Die drei Häuserkomplexe waren für unterschiedliche Abnehmer bestimmt. Im ersten Gebäude wollte man «zu mittleren Mietzinsen, wie sie in Basel von Arbeitern bezahlt werden, Besseres und Vollkommenes bieten». Das zweite Gebäude sollte «den Ärmsten unter den Arbeitern zu niedrigst möglichen Miethbeträgen Wohnungen verschaffen». Das dritte Gebäude bestand aus acht einstöckigen Häuschen, die zu günstigen Bedingungen an bessergestellte Arbeiter verkauft werden sollten. Die Häuser und Wohnungen wurden sofort vermietet und verkauft. Schon der geringe Umfang des Unternehmens deutet darauf hin, dass es sich um einen blossen Versuch handeln konnte. Er blieb bis in die siebziger Jahre beinahe der einzige. Daneben liessen einige wenige Fabrikbesitzer Häuser für ihre Arbeiter erbauen: De Bary & Co. (1855) 4 Häuser mit je 4 Mietwohnungen am Ulmenweg bei St. Jakob in Fabriknähe; Franz Sarasin (1867) 6 kleine Häuser zum Alleinbewohnen am Wiesenschanzweg in Kleinbasel; Sarasin & Co. (1869) 16 kleine Häuschen auf der Breite, ebenfalls zum Alleinbewohnen. Natürlich konnten diese vereinzelter Projekte der Fünfziger- und Sechzigerjahre den Wohnungsbedürfnissen der ständig wachsenden Arbeiterbevölkerung schon deshalb nicht genügen, weil der grösste Teil der Häuser gar nicht vermietet, sondern verkauft wurde. So hatte man zwei Fliegen auf einen Schlag: grösseren Gewinn und geringeres Risiko. Ausserdem fürchteten die Verantwortlichen Unannehmlichkeiten, die sich bei einer Vermietung ergeben könnten:

«Miethwohnungen werden selten ordentlich gehalten; der Unterhalt kostet viel, und es sind doch eben die geringeren Arbeiter, welche diese Wohnungen nehmen, wenn Wohnungen daneben zu kaufen sind.»

«Der Preis sollte ein solcher sein, dass es den Arbeitern bei *Fleiss und Sparsamkeit* möglich werde, denselben zu erschwingen.»²⁸

In den siebziger Jahren kam die Errichtung von Arbeiterhäusern etwas besser in Gang. Ein Inventar im Jahre 1888 ergab 268 Gebäude, die eigens als Wohnhäuser für Arbeiter geplant und gebaut worden waren. Sie enthielten 694 Wohnungen, die im Moment der Wohnungsenquête insgesamt 3076 Bewohnern Unterkunft boten.²⁹ 78 Häuser gingen, nebst den bereits genannten, auf die Initiative von Fabrikbesitzern zurück. Die drei bedeutendsten Projekte seien kurz angeführt:

Ryhiner & Söhne 1875

22 Häuser mit 75 Wohnungen, 14 am Bläsiringweg, 8 an der Breisacherstrasse. Zehn der Häuser wurden an eigene Arbeiter, sieben an Aussenstehende verkauft. Die restlichen fünf waren an eigene Arbeiter vermietet.

Adolf Vischer-Sarasin 1877–78

15 Häuser mit 39 Wohnungen an der Blauenstrasse. Bei den Bauten handelte es sich im Grunde nicht um Arbeiterhäuser der Firma selbst, sondern von einer privaten Stiftung. Sie wurden denn auch allesamt verkauft, nicht vermietet. Adolf Vischer selbst meinte zum Erfolg des Unternehmens:

«Das Ziel, gesunde Wohnungen für die ärmere Bevölkerung herzustellen, ist insofern erreicht worden, als die betreffenden Wohnungen sich in baulicher Hinsicht als zweckmässig bewährt haben. Freilich sind unter den Besitzern auch Lehrer und bessere Angestellte. In den untervermieteten Räumlichkeiten haben dann aber auch wirklich ärmere Familien gute Wohnungen gefunden.»

Sarasin und Co. 1877

16 Häuser meist zum Alleinbewohnen an der Birsfelderstrasse, sämtliche zum Verkauf bestimmt. Sieben der Häuser befanden sich 1889 bereits in zweiter, zwei sogar in dritter Hand.

Die grössten Erbauer von sogenannten Arbeiterhäusern waren in den siebziger und achtziger Jahren die *Baugesellschaft für Arbeiterwohnungen* und der *Basler Bauverein*. Sie waren für den Bau von 101, beziehungsweise 40 Arbeiterhäusern verantwortlich. Die meisten entstanden im Bachlettenquartier (Grossbasel) sowie am Bläsiringweg und an der Amerbachstrasse (Kleinbasel). Auch sie wurden jedoch ohne Ausnahme als Eigentumshäuser konzipiert. Wenn in Wirklichkeit dennoch ein kleiner Teil entgegen dem Geschäftsprinzip zur Vermietung gelangte, so in der Regel deshalb, weil sich nicht genug kaufkräftige Arbeiter finden liessen.³⁰

Es ist kaum anzunehmen, dass der soziale Wohnungsbau jener Jahrzehnte auch wirklich der ärmeren Arbeiterbevölkerung zugute kam. Bedenklich war in erster Linie die Bau- und Verkaufspolitik, welche – in den Händen Privater ruhend – oft mehr wirtschaftlichen als sozialen Erwägungen unterworfen waren. Wahrscheinlich wollte man mitunter auch das Entstehen einseitiger Arbeiterviertel vermeiden. Bei der zweiten, 1888 entstandenen Serie von Häusern der Aktiengesellschaft für Arbeiterwohnungen auf der Breite jedenfalls hatten solche Überlegungen offenbar eine Rolle gespielt:

«Wie es scheint, hat man beim Entwerfen des Bauplans die ursprüngliche Absicht, 'ganz unbemittelten Leuten' Wohnung zu schaffen, geändert. Auch für etwas besser gestellte Leute [...] sei der Bedarf an Wohnungen nicht ganz leicht zu befriedigen, und da die Häuser an der Breite ein kleines Quartier zu bilden anfiengen, so habe man Werth darauf gelegt, eine etwas gemischte Bevölkerung zu erhalten. Die einseitige Errichtung von sog. Arbeiterquartieren sei als etwas Unrepublikanisches thunlichst zu vermeiden.»³¹

Es ist sehr fraglich, ob ein solch «wohlwollender Geist», Arbeitern zum Besitz eines ordentlichen Zuhauses zu verhelfen, ob die völlige Absage an grössere Wohnhäuser und das Festhalten an einem Eigenheimideal den primären Wohnbedürfnissen der Arbeiterbevölkerung entsprach. Schon rein quantitativ brachten die so zustande gekommenen 263 Häuser mit durchschnittlich rund zwei bis drei Wohnungen keine bedeutende Vergrösserung des Angebotes an kleinen und billigen Wohnungen und damit auch keine Entlastung des Wohnungsmarktes. Hie und da gelangten ärmere Stadtbewohner noch auf dem Wege der Untervermietung in den Besitz einer Arbeiterwohnung (oder zumindest eines Teiles), doch ergaben sich in solchen Fällen, wie wir noch sehen werden, kaum je günstige Wohnbedingungen.

e) Ausblick bis zum Ersten Weltkrieg

Die Baugeschichte Basels in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist durch eine sehr einseitige Entwicklung geprägt. Sie führte dazu, dass vor und nach der Entfestigung die alten Häuser der inneren Stadt den Hauptteil des Bevölkerungszuwachses aufnehmen musste, während der Wohnraum gerade dort immer mehr «wegkorrigiert» wurde. Für die Arbeiterbevölkerung, welche in den alten Häusern immer enger zusammenrückte und sich dort immer notdürftiger einrichtete, verschlechterte sich bis etwa um 1890 die Wohnsituation kontinuierlich. Erst im letzten Jahrzehnt gab es für sie einen kleinen Lichtblick: Zum ersten Mal seit rund dreissig Jahren vermochte die Bautätigkeit wieder mit der Wohnbevölkerung Schritt zu halten, obwohl sich diese zwischen 1888 und 1910 beinahe verdoppelte. Die Zahl der Wohnhäuser wuchs allerdings in der selben Zeit ebenfalls auf über das Doppelte an. Auch die Behausungsziffer begann erstmals wieder zu sinken. Gemessen am bisherigen Bestand war die Zunahme der Wohnhäuser in Kleinbasel am grössten. Hier wurde das Matthäusquartier, ein eigentliches Arbeiterwohnviertel, praktisch innert zehn Jahren fertiggestellt. Allein 1189 der insgesamt 1572 neuen Kleinbasler Wohnhäuser entstanden dort.

In Grossbasel erfasste die Bautätigkeit ebenfalls das ganze äussere Stadtgebiet. Bereits um die Jahrhundertwende war das Gundeldingerquartier im wesentlichen überbaut. Endlich reagierte hier die Bauwirtschaft auch mit der Erstellung grösserer Wohnhäuser. Die neuen vier- und fünfgeschossigen Bauten waren bedeutend kostengünstiger, so dass die Wohnungen vermehrt auch von einkommensschwächeren Einwohnern gemietet werden konnten. Auch das St. Johannquartier öffnete sich einer



Abb. 14



Abb. 15



Abb. 16



Abb. 17



Abb. 18



Abb. 19



Abb. 20

Abb. 21



Abb. 14-21

Innerstadtkorrekturen am Rümelinsplatz, am Marktplatz und an der Schiffflände: Geschäftshäuser, Tram und Börse verdrängen die alten Wohnhäuser.

gemischteren Bevölkerung. Ähnlich wie beim Gundeldingerquartier wurden auch hier grosse Areale von Spekulanten aufgekauft. Sie legten kurzerhand Strassen an und verlangten dann hohe Entschädigungen, für welche letzten Endes die Anwohner aufkommen mussten, da sich die städtischen Behörden der Pflicht, die öffentlichen Arbeiten an diesen Spekulationsstrassen vorzunehmen, elegant entledigt hatten.³² Lange Zeit blieb das äussere St. Johannquartier wegen seiner vielen öffentlichen Einrichtungen – Gefängnis, Schlachthof, Wasser- und Gaswerk – als Wohnviertel unbeliebt. Gerade deshalb bot sich ärmeren Stadtbewohnern die Möglichkeit, hier mit etwas Glück eine Unterkunft zu finden.

Man kann annehmen, dass sich die am Ende der achtziger Jahre für den grössten Teil der Stadtbevölkerung noch so prekäre Wohnsituation um die Jahrhundertwende ein wenig zu entschärfen begann. Auch einige wesentliche Fortschritte im sanitarischen Bereich fielen in diese Phase (vgl. Kapitel III). Natürlich waren längst nicht alle Probleme gelöst. Die Altstadt wurde immer mehr vom Wohnviertel zum Geschäftsviertel umfunktioniert. Überbetonte wirtschaftliche und später auch verkehrsmässige Interessen führten zu breitangelegten Innerstadtkorrekturen, die den Wohnraum der Arbeiterbevölkerung nun entscheidend dezimierten. Damit begann eine neue Phase der Stadtentwicklung, während der sich die soziale Ausdifferenzierung der Quartiere auf Jahrzehnte hinaus einpendelte: Während die Innerstadt als Zentrum der Repräsentation vom Bürgertum gleichsam zurückerobert wurde, siedelte die Arbeiterbevölkerung in die Arbeiterquartiere Kleinbasels und ins St. Johannquartier über. Bekanntlich sind auch diese in den letzten Jahrzehnten längst von der Spekulation und Renovation eingeholt worden. Auch heute ist die Zahl der Stadtbewohner, welche am oder unter dem Existenzminimum leben, beträchtlich. Für sie bedeutet günstiger Wohnraum nach wie vor eine Lebensgrundlage, die ihnen tagtäglich vor der Nase wegspekuliert und wegrenoviert wird.